

bedingungslose Treue, wer meint, er müsse gegen die Demokratie wühlen, den warne ich an dieser Stelle sehr eindringlich.

(Vereinzelt Beifall)

Die Menschen dieses Landes sind sensibel geworden. Sie werden sich nie wieder knebeln und terrorisieren lassen, von keinem in diesem Lande oder irgendwo sonst!

(Beifall bei CDU/DA und der DSU)

Dieser Vorschlag der DSU gehört dringlich in die Ausschüsse. Er verlangt eine sehr exakte und eine sehr gute Bearbeitung. Ich denke, wir werden in der Gemeinschaft der genannten Ausschüsse schaffen, daß der Antrag der DSU die Wirkung hat, die seine Intention gewesen ist. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU/DA und der DSU)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Brinksmeier.

Brinksmeier für die Fraktion der SPD:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der DSU und der Applaus zu den Reden, die hier gehalten wurden, zeigen an, daß auf einen erheblichen Handlungsbedarf in diesem Lande hingewiesen worden ist. Sie alle wissen genau wie wir: Es hat in diesem Lande schon einmal den Versuch gegeben, auf zwei verschiedene Arten und Weisen mit der Vergangenheit, die eine schlimme war, die Menschen unterdrückt hat und die viel Leid und Elend gebracht hat, fertig zu werden. Ich behaupte einmal: Beiden Seiten ist es nicht gelungen, ohne Narben aus dieser Vergangenheit herauszugehen.

Ich möchte die Möglichkeit, hier an diesem Pult zu stehen, nicht dazu nutzen, jetzt populistisch zu reden. Ich möchte auf einige Aspekte aufmerksam machen.

Daß dieser Antrag heute kommt - das ist schon gesagt worden -, ist ein Armutszeugnis für uns alle, für alle Fraktionen, für diese Regierung und für die Menschen in diesem Lande, denen es noch nicht gelungen ist, nicht zu pauschalisieren, sondern nach Bewertungskriterien über das, was hier mit Staatssicherheit bezeichnet wird, wirklich reden zu können.

Und Sie alle wissen wie ich: Es geht nicht nur um die Staatsicherheit, sondern es geht den Menschen in diesem Lande darum, daß Gerechtigkeit herrscht. Und damit sind nicht nur MfS-Mitarbeiter gemeint. Damit sind alle Karrieristen gemeint, die sich auf Kosten anderer mit allen Privilegien, die sich ihnen bieten, durchgesetzt haben. Und das, bitte schön, geht quer durch alle Parteien, quer durch die Weltanschauungen und quer durch irgend jemanden, den wir uns hier sehr leicht, vielleicht sehr schnell zum Feindbild machen können. Das kann nicht gelingen, wir würden schon darin die Wurzel legen, daß in dieser Art und Weise der Aufarbeitung wir selber dem Problem nicht gerecht werden würden.

(Beifall bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Wenn in dem Antrag gesagt wird, ehemalige MfS-Mitarbeiter sollen aus leitenden Stellungen im öffentlichen Dienst heraus, denke ich, daß sich das positiv so formulieren läßt: Wir wollen uns sicher sein, daß die, die über unsere Schicksale entscheiden, wirklich selbstlos und nach gerechten und überprüfbaren Maßstäben entscheiden und nicht Menschen sind, die groß geworden sind unter Verhältnissen und unter Ausnutzung der Möglichkeit, andere auszubeuten, auszunutzen und für ihre Zwecke in Anspruch zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Ich denke, das richtige Werkzeug, um dem Ziel, das hinter dem Antrag der DSU steht, gerecht werden zu können, wäre folgendes: Wir müßten klarere Verhältnisse schaffen, Rechtsverhältnisse, was in diesem Lande wirklich als verbrecherisch, als strafwürdig zu bezeichnen ist. Das haben wir noch nicht getan. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß doch sicher keiner von Ihnen meint, daß es Bereiche eines Geheimdienstes gibt, die es nicht auch weiter geben wird. Das heißt, ein Geheimdienst wird für jede Staatsform nötig sein bzw. die Aufgaben, die derselbe erfüllt. Wenn es kein Geheimdienst ist, macht es meist die Polizei. Eine andere

Variante werden wir auch in Zukunft nicht haben. Es ist also nicht gerechtfertigt, grundsätzlich das MfS pauschalisiert in einen Topf zu werfen. Wir drücken doch damit nur aus, daß es uns bislang noch nicht gelungen ist, klarer durchzuschauen, besser Bescheid zu wissen und eindeutiger benennen zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Sie wissen alle, daß ein halbes Jahr sicherlich nicht ausreichend ist, um diese Aufgabe wirklich zu meistern. Aber wir alle in diesem Hause setzen uns dem Verdacht aus, daß wir nicht konsequent genug, ehrlich genug und überzeugend genug an dieser Aufgabe wirklich gearbeitet haben. Das betrifft die Regierung, wo man sicherlich nicht nur am Innenminister und einer Zeitungsansage festmachen könnte, weshalb es nicht klappt. Nein, meine Damen und Herren, das betrifft die gesamte Regierung, der der nötige Wille gefehlt hat, an dieser Stelle uns allen überzeugend zu zeigen, daß sie dort wirklich ehrlich und konstruktiv arbeiten will. Auch ich beklage wie Sie, daß das bislang nicht geschehen ist.

(Beifall)

Aber ich muß dazu sagen, es betrifft auch ein Parlament, welches sich dies hat gefallen lassen, oder sagen wir es etwas freundlicher: dem es nicht gelungen ist, auf Grund dieser Erkenntnis, die Sie eben so beklatscht haben, durchsetzen zu können, daß diese von uns eingesetzte Regierung, diese in Koalition und Opposition begleitete Regierung, die für die Menschen in diesem Lande arbeitet, von uns dort auf den richtigen Weg gebracht wurden.

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne: Richtig!)

Deswegen denke ich, dieser Antrag ist ein Armutszeugnis; aber auch die Reaktion hier von uns allen zeigt deutlich einen Handlungsbedarf an.

Die SPD-Fraktion schlägt vor, den Antrag in die Ausschüsse zu überweisen, und bittet die Ausschüsse darum, sich Gedanken zu machen, die hilfreich sein könnten nicht nur für den Zeitraum bis zum 3. 10. oder wann auch immer, sondern für einen Zeitraum, der vor der deutschen Geschichte als verantwortlich bezeichnet werden kann, mit diesem Problem ehrlich und konsequent umzugehen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der PDS der Abgeordnete Claus.

Claus für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihre Satire, Herr Thietz, regt mich angesichts der Ernsthaftigkeit und auch Bitternis dieses Themas nicht zur Heiterkeit an. Eine ernsthafte Behandlung dieses Themas gebietet doch eine klare, mit rechtsstaatlichen Prinzipien vereinbarte Aussage. Sie ist unseres Erachtens im Antrag noch zuwenig enthalten. In den inhaltlichen Aussagen möchte ich mich hier den Erklärungen des Abgeordneten Brinksmeier weitgehend anschließen. Ich verstehe unsere Mission als Abgeordnete darin, und zwar unabhängig von der Fraktionszugehörigkeit, der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete Entscheidungen zu treffen. Jawohl, wer sich im Sinne eines Straftatbestandes schuldig gemacht hat, soll mit rechtsstaatlichen Mitteln seiner gerechten Strafe zugeführt werden. Da haben wir sicher Übereinstimmung mit den Einbringern, so auch in der grundlegenden Absicht des Antrages.

Wir sind jedoch für deutliche Veränderungen und Differenzierungen bei der Bearbeitung in den Ausschüssen, so betreffend die Entlassung eines, wie es hier heißt, Personenkreises. An dieser Stelle stimme ich mit dem CDU-Redner überein, der sich hier gegen Pauschalisierung ausgesprochen hat, und auch die Frage, wie sich dieser Schritt vollziehen soll, muß noch weiter ausgestaltet werden.

Ebenso, wie es nur individuelle Verantwortung gibt, kann auch nur individuelle Eignung geprüft werden. Herr Gauck von der Fraktion Bündnis 90/Grüne hatte angeregt, darüber nachzudenken, welchem Ausschuss das federführend übertragen